

Verantwortungslos gehandelt

Köfering. Folgender Leserbrief zur Berichterstattung aus der Gemeinderatssitzung Köfering in unserer Ausgabe vom 8. Oktober erreichte die Redaktion.

Die Donau-Post berichtet in ihrer Ausgabe vom 8. Oktober zur Gemeinderatssitzung in Köfering über Kritik am AZV. Gemeinderat Wolfgang Gruber, bekanntlich auch Kreispolitiker als stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Regensburg-Land und Kreisrat, übt deutliche Kritik an der Informationspolitik des AZV über die zu leistende Investitionsumlage. Die "BI Transparenz beim AZV Pfattertal e.V." hatte bereits im Juni, nach einer Anhörung im Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit im Landtag, zu einer eingereichten Petition 30 Fraktionssprecher und Gemeinderäte der fünf zum AZV gehörenden Gemeinden angeschrieben. Grund dafür waren sehr überraschende Informationen im Ausschuss und Passagen in einem Schreiben des Innenministeriums an die Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Die Zuhörer erfuhren mit großer Überraschung durch die Ausführungen des Vertreters des Innenministeriums, Zitat des Protokolls: "MR Dr. Thomas Huber (Innenministerium) bestätigt, dass die Handhabung der Straßenentwässerungsbeiträge rechtswidrig gewesen sei. Aber die fünf Gemeinden hätten sich freiwillig bereit erklärt, die Straßenentwässerungsbeiträge nachträglich zu bezahlen." Jetzt zahlen die Gemeinden die wiederholt veröffentlichten 3,7 Millionen Euro, und Zinsen von rund 400 000 Euro kommen in den fünf Jahren zusätzlich drauf. Auch hier wurde in München von 3,4 Millionen gesprochen, das sind auch nur läppische 300 000 Euro Differenz. Keiner weiß, woher diese Differenz kommt. Dies scheint auch niemanden zu interessieren, wie aus einer Mail vom Vorsitzenden des AZV hervorgeht.

Herr Gruber teilt in einem Schreiben an die BI mit, dass nach seinem bisherigen Kenntnisstand die Investitionsumlage darin begründet ist, die Verluste aus den Wertpapiergeschäften des Kommunalunternehmens zu tragen. Er verweist darauf, dass in der Sitzung des Gemeinderats Köfering am 4. Mai 2009 die Begründung für die Investitionsumlage so lautete. In der E-Mail des AZV vom 14. Juli 2011 an die Bürgermeister wird die Umlage von 3,7 Millionen Euro ganz klar in einen Zusammenhang "Bereich Straßenentwässerung" gestellt. Herr Gruber führt an, dass hiervon nie die Rede war, in der Gemeinderatssitzung vom 12. September wurde von niemanden widersprochen, es sei zu keinem Zeitpunkt von dem Begriff "Straßenentwässerung" gesprochen worden, auch wurde bisher kein Zusammenhang Investitionsumlage/Straßenentwässerungsbeiträge hergestellt.

Somit kommt Herr Gruber zu dem Fazit: "Die im Protokoll der Landtagsbehandlung zitierte Aussage vom Vertreter des Innenministeriums, wonach sich die fünf Gemeinden freiwillig bereit erklärt hätten, die Straßenentwässerungsbeiträge nachträglich zu bezahlen, trifft insofern nicht zu, als zumindest dem Gemeinderat Köfering diese Frage niemals in dieser Form zur Beratung und Abstimmung vorgelegt worden ist." Herr Gruber erklärt gegenüber der BI, er werde unter diesen Voraussetzungen keiner künftigen Umlagezahlung an den AZV zustimmen, er verlangt deshalb die

vollständige Aufklärung. Wie sich aus diesem Sachverhalt zeigt, wurde in der Gemeinde Köfering gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und gegenüber den Gemeinderäten der Sachverhalt unvollständig und somit falsch dargestellt. Das bedeutet folglich für die Gemeinde Köfering: Bisher wurden zirka 366 000 Euro an Umlage an den AZV Pfattertal bezahlt, ohne zu wissen wofür! Ähnliches gilt offenbar für die anderen Mitgliedsgemeinden. Von den 30 befragten Mandatsträgern haben nur insgesamt sechs geantwortet. Keiner konnte bestätigen, dass er/sie über die Verwendung der Investitionsumlage informiert war. In einigen Fällen dankte man sogar der BI für ihre Hartnäckigkeit zu mehr Transparenz, die wohl anders nicht zu erlangen ist.

Nachdem nun klar ist, die bisherige Umlage betrifft nicht die Verluste aus dem katastrophalen Finanzgeschachere, der Begriff Finanzgeschäfte verbietet sich in diesem Zusammenhang, sollte den bisher gewählten Mandatsträgern die Ernsthaftigkeit und Verantwortung für weitere Entscheidungen bewusst werden. Die Bürger verlangen von ihren Vertretern in den Gemeinderäten, sich umfassend zu informieren, bevor sie ihre Zustimmung geben. Es ist heute schon klar, es werden weitere Bürden aus dem verantwortungslosen Handeln auf uns Bürgerinnen und Bürger zukommen. Jetzt zahlen die Gemeinden die Umlage für nicht entrichtete Straßenentwässerungsbeiträge, dann kommt die Umlage für das Finanzdesaster, dann die Umlage für die Umsatzsteuernachzahlung, dann die Umlage für ???.

Dietrich Scheible 1. Vorsitzender "BI Transparenz beim AZV Pfattertal e.V."
Hermann Kremerskothen 2. Vorsitzender "BI Transparenz beim AZV Pfattertal e.V."

Redaktion: donau

18. October 2011, 00:00:00